

Staatsverschuldung und Krisenmanagement in der EU

Eine Betrachtung der Geldströme

1. Wo stehen wir?

Die Europäische Union ist in große Schwierigkeiten geraten. Die Euro-Krise wird mit Milliarden-Hilfspaketen und mit Bürgschaften für die am stärksten verschuldeten Länder bekämpft. Damit kommen weitere Länder in die Nähe der Zahlungsunfähigkeit, und ihre Parlamente geraten in eine Zuschauerrolle. Auch Eurobonds verteilen die Risiken und die Schäden nur auf mehr Schultern. Kauft die Zentralbank Staatsanleihen, ist das gefährlich und hilft auch nicht lange. Es werden den Top-Schuldnern Sparmaßnahmen verordnet, die aber deren Bevölkerung empören und deren Binnenwirtschaft belasten, weil sie ihr Nachfrage entziehen. Es wird auch gefordert, die Hilfspakete zu stoppen, die „Schuldensünder“ Pleite gehen zu lassen und wieder zur „harten“ DM zurückzukehren. Im Gespräch sind auch die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit dieser Staaten im Außenhandel, einheitliche Steuern, eine europäische Wirtschaftsregierung und sogar die Vereinigten Staaten von Europa. Doch auch höhere Instanzen wären keine Garantie für die richtige Politik. Wir hätten einen Verlust an Eigenständigkeit und würden Macht noch weiter nach oben delegieren. Das Subsidiaritätsprinzip fordert zu Recht, so viel Verantwortung wie möglich auf den unteren Ebenen der Politik zu belassen.

Längst ist klar, dass es ohne staatliche Eingriffe nicht geht. Aber welches ist der richtige Weg, den in einer freien Wirtschaft sich entfaltenden Kräften genügend Raum zu geben, aber doch einen geordneten Ablauf zu sichern? Die Wirtschaft soll den Menschen dienen und die Lebensgrundlagen erhalten. Doch davon sind wir weit entfernt. Der Handlungsspielraum der Politik wird durch Geldknappheit eingeengt, weshalb viele Aufgaben liegen bleiben. Es gibt keine bindenden Beschlüsse gegen die Klimaerwärmung. Die sozialen Gegensätze verschärfen sich. Einen großen Teil der Weltbevölkerung machte die Globalisierung zu Verlierern. Arbeitnehmer, Unternehmen und auch die Länder stehen in einem harten und teils ruinösen Konkurrenzkampf untereinander. Die nächste Krise kann bereits die Superkrise sein, wenn nämlich die Staaten nicht mehr genügend handlungsfähig sind, weil sie infolge Überschuldung von den Finanzmärkten kein Geld mehr erhalten.

Gelegentlich wird in den hoch verschuldeten Ländern neben den Sparmaßnahmen auch eine Erhöhung der Steuern für Reiche erwogen. In Deutschland fordert das die LINKE und nun auch die SPD. Selbst innerhalb der CDU wurde vorgeschlagen, hohe Einkommen höher zu besteuern. Doch starke Kräfte kontern mit dem Argument, Steuererhöhungen würden der Wirtschaft schaden. Es muss aber festgestellt werden, dass der Staat Steuergelder nicht für sich behält, sondern durch seine Ausgaben der Wirtschaft wieder zuführt. Hohe Einkommen privater Haushalte dagegen werden nur zum Teil wieder für den Konsum ausgegeben. Der andere Teil sind Ersparnisse, von denen ein immer größerer Teil auf die internationalen Finanzmärkte abwandert. Rückflüsse von dort finden statt, wenn sich die Staaten verschulden. Das erscheint notwendig, denn die Ausgaben des Staates erzeugen Nachfrage und kurbeln damit die Wirtschaft an. Da aber die steigende Verschuldung der Staaten mehr als ein Schönheitsfehler ist, liegt der Schluss nahe, der Staat müsse mehr Geld durch Besteuerung und weniger durch Verschuldung an sich bringen. Stattdessen gab es unter den Staaten eine Art Wettrennen der Steuersenkungen und der Liberalisierung.

2. Länder und Finanzmärkte

Für einen privaten Haushalt ist es ganz wesentlich, welche Geldströme auf ihn zukommen, wie etwa das monatliche Gehalt, und wie viel Geld ausgegeben wird. Man kann nur mehr Geld ausgeben, als man einnimmt, wenn man Sparguthaben abbaut oder sich verschuldet. Verschuldung ist aber nur bis zu einer gewissen Obergrenze möglich. Daneben gibt es noch gewisse Polster oder Puffer. So kann man z. B. das Tafelsilber zu Geld machen. Ähnliche Regeln gelten auch für den Staat und für ein ganzes Land. Das folgende Bild oder Modell gibt einen Überblick über die **Geldströme** in einer Volkswirtschaft und ihre Stationen. Es entspricht einer Photographie aus großer Höhe, in der manches vereinfacht oder ganz weggelassen wurde, damit das Wesentliche besser sichtbar wird. Die Geldströme kann man sich als den Transport von Geldscheinen vorstellen. Tatsächlich wird meist kein Bargeld transportiert, sondern es finden Buchungen bei Banken statt. Beide Vorgänge haben aber dieselbe Wirkung, wie auch Geld im Beutel und auf dem Bankkonto denselben Wert hat.

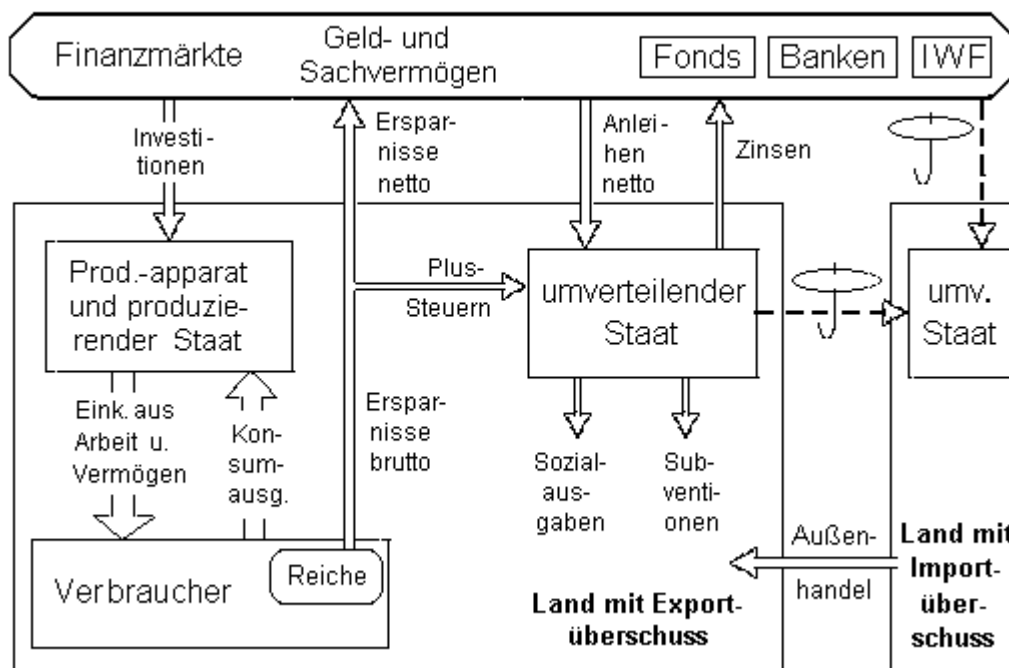


Bild 1 Geldströme eines exportierenden und eines importierenden Landes

Bild 1 stellt ein Land mit Exportüberschuss und ein Land mit Importüberschuss dar. Vereinfacht werden sie exportierendes und importierendes Land genannt. Wir wählen „Land“ als umfassenden Begriff. Der „Staat“ mit der Regierung, der Staatskasse usw. ist dann eine Institution innerhalb des Landes. Im Innern eines jeden Landes ist die **Realwirtschaft** mit den Verbrauchern und dem Produktionsapparat. Zwischen ihnen gibt es einen Geldkreislauf. In der Urform der Realwirtschaft besteht der Geldkreislauf nur aus Konsumausgaben und Arbeitseinkommen. Staat und Finanzmärkte sind noch nicht vorhanden. Die Arbeitseinkommen sind die Gegenleistung für die Arbeit, die Konsumausgaben die Gegenleistung für Güter und Dienstleistungen, die die Verbraucher vom Produktionsapparat erhalten. Dies ist das Wirtschaftsmodell der **Physiokraten**, einer Gruppe französischer Wirtschaftswissenschaftler in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts.

Zusätzlich zu den Arbeitseinkommen fließen den Verbrauchern auch **Vermögenseinkommen** zu. Ihre Summe ist heute in Deutschland nahezu so groß wie die Summe der Arbeitseinkommen. Zu den Vermögenseinkommen gehören Zinsen, Unternehmensgewinne und Dividenden aus Wertpapieren. Die **Reichen** mögen eine Untermenge der Verbraucher sein. Damit wird das Spektrum in der Gesellschaft zwischen ganz arm und ganz reich vereinfacht dargestellt. Die Reichen sind im Modell die Eigentümer des Produktionsapparats (z. B. als Firmeneigentümer oder Aktionäre), erhalten die Vermögenseinkommen und bilden Ersparnisse, indem sie nur einen Teil ihrer Einkommen für den Konsum ausgeben. Die Ersparnisse fließen vorläufig (wenn wir den Staat und Finanzmärkte noch weglassen) vollständig zum Produktionsapparat zurück. Sie führen dort aber nicht zur Produktion von Konsumgütern, sondern zur Vergrößerung oder Modernisierung des Produktionsapparats. Den Vorgang, dass Geld hierfür ausgegeben wird, nennen wir **Investitionen** (Netto-Investitionen).

Aus Gründen der Übersichtlichkeit soll der Produktionsapparat nur eine (willenlose) Sache sein, die von außen gesteuert wird von Managern oder Unternehmern, die dafür Gehälter oder Unternehmensgewinne erhalten. Und der Produktionsapparat soll, was ja auch der Realität entspricht, das Eigentum von Personen sein, mitsamt seinen Verbindlichkeiten und den in ihm vorhandenen Geldbeträgen. Das bedeutet auch, dass nur Personen Geld aufbewahren können.

Im heutigen Produktionsapparat sind auch **Banken** mit ihren Dienstleistungen aktiv. Ebenso zum Produktionsapparat soll der **produzierende Staat** gehören. Er kann angesehen werden als ein Unternehmen, das wie andere Unternehmen Arbeitsplätze bietet und Produkte herstellt. Seine Produkte sind öffentliche Güter. Hierzu gehört das Erlassen von Gesetzen, der Betrieb von Schulen und Universitäten, die Verfolgung von Straftätern, der Bau von Straßen und vieles andere. Diese öffentlichen Güter dienen teils den Verbrauchern, teils den Unternehmen des Produktionsapparats. Bezahlt werden sie zum einen Teil von den Verbrauchern durch Steuern, die in den Konsumausgaben enthalten sein sollen. Die Steuern, die die Unternehmen für die öffentlichen Güter bezahlen, können als Kosten für Vorleistungen angesehen werden, mit denen Unternehmen sich gegenseitig beliefern. Damit sind die meisten Aktivitäten des Staates in die Realwirtschaft in Bild 1 integriert, und wir haben ein Höchstmaß an Übersichtlichkeit.

Die Ersparnisse mögen nun vom „**umverteilenden Staat**“ durch die „**Plus- Steuern**“ reduziert werden und die **Finanzmärkte** durchlaufen. Es gibt natürlich auch Ersparnisse, die direkt, also nicht über die Finanzmärkte zu Investitionen werden. Wir wollen das lediglich in dieser „Fußnote“ festhalten, um Bild 1 nicht zu überlasten. Zu den Investitionen gehören die Geldbeträge, mit denen Unternehmen gegründet oder von internationalen Fonds (manchmal Heuschrecken genannt) aufgekauft werden, und ebenso das Geld, mit dem z. B. ein Bäcker sein Unternehmen vergrößert.

Der von den Finanzmärkten in Form von Investitionen zurück kommende Geldstrom muss nicht gleich groß sein wie die Netto-Ersparnisse. Denn Geld kann für längere Zeit aufbewahrt („geparkt“) werden oder auch über die Finanzmärkte in andere Länder abfließen oder aus andern Ländern zufließen. Die Finanzmärkte können somit in Ländern einen Boom auslösen oder Länder „austrocknen“. Bereits vor 15 Jahren warnte der damalige Chef der Deutschen Bundesbank, Hans **Tietmeyer**: Die meisten Politiker sind sich noch immer nicht im Klaren darüber, wie sehr sie unter der Kontrolle der Finanz-

märkte stehen und sogar von ihnen beherrscht werden (1996 vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos).

Die Plus-Steuern sollen die Zusammenfassung der Steuern sein, die nur die Reichen bezahlen, weil sie hohe Vermögens- und Arbeitseinkommen haben. Diese Steuern entstehen hauptsächlich durch die Steuerprogression. Auch die Besteuerung der großen Gewinne von Banken und Konzernen soll dazu beitragen. Die Plus-Steuern helfen dem umverteilenden Staat in unserem vereinfachten Modell, die Sozialausgaben und die Subventionen zu bezahlen. Man kann deshalb diesen „Teil“ des Staates „**umverteilenden Staat**“ nennen.

Es wird heute stets als erfreulich angesehen, wenn die **Verbraucher** tüchtig die **Kassen klingeln** lassen, wenn also die Konsumausgaben hoch sind. Das bringt dem Produktionsapparat Einnahmen und sichert Arbeitsplätze. Zusätzliche Einnahmen erhalten die Unternehmen des Produktionsapparats durch die **Sozialausgaben** und die **Subventionen** des Staates. Die Subventionen kommen, wenn es richtig läuft, unterstützungswürdigen Unternehmen zugute. Der Staat kann damit z. B. den Übergang zu alternativen Energien fördern. Die Sozialausgaben erhalten unterstützungswürdige Verbraucher, die sie in Form von Konsumausgaben an die Unternehmen weitergeben. Damit wird zugleich z. B. der Kinderarmut entgegen gewirkt. Durch diese beiden Ausgaben betätigt sich also der Staat als eine Art Konjunkturlokomotive, da er dem Produktionsapparat (direkt und indirekt) Einnahmen verschafft (die Kassen klingeln lässt). Der Staat beschafft sich hierfür nicht nur Geld von den Reichen durch die Plus-Steuer, sondern auch noch durch Anleihen auf den Finanzmärkten.

Es wird oft gesagt, der Staat könne nur mit der einen Hand geben und mit der andern Hand nehmen. Das große Verdienst des umverteilenden Staates ist aber, dass er investitionsberechtigtes (gespartes) Geld in nachfragendes Geld verwandelt. Anfangs waren die (noch relativ kleinen) Ersparnisse sehr nützlich und die Grundlage für Wachstum und Wohlstand. Heute ist das Problem, dass es nicht mehr genug sinnvolle Möglichkeiten zur Investition für den gewaltig angewachsenen Strom der Ersparnisse gibt. Denn was soll durch die Ersparnisse ermöglichte rasante Vergrößerung und Verbesserung des Produktionsapparats, wenn es für immer mehr und immer teurere Güter (Waren und Dienstleistungen) nicht genügend Absatz gibt?

Der Staat in Bild 1 muss infolge seiner Schulden **Zinsen** an die Finanzmärkte bezahlen. Die **Anleihen netto** sind die Differenz aus neuen Darlehen und laufenden Rückzahlungen, die geleistet werden müssen. Wie die Investitionen lassen wir auch die Staatsanleihen in Bild 1 voll über die Finanzmärkte laufen und bemerken nur in dieser „Fußnote“, dass Bürger auch direkt Anleihen ihres Staates kaufen können.

Dieselbe Struktur und dieselben Geldströme wie beim **exportierenden Land** sind auch beim **importierenden Land** vorhanden. Der Geldstrom „Außenhandel“ entzieht allerdings dem importierenden Land Geld. Um genaue Zahlen zu bekommen, kann man anstelle des Exportüberschusses die Zahlungsbilanz eines Landes zu Hilfe nehmen. In ihr sind auch die (aus deutscher Sicht relevanten) Posten wie Entwicklungshilfe, Überweisungen ausländischer Arbeitnehmer in ihre Heimat und Netto-Zahlungen an die EU berücksichtigt. Bei der Zahlungsbilanz erzielte Deutschland in letzter Zeit jährliche Überschüsse zwischen 100 und 180 Milliarden Euro. Es ist daher nicht verwunderlich, dass der Staat eines importierenden Landes früher an die Schuldenobergrenze und ins Visier der Ratingagenturen gerät.

In Bild 1 wird nun durch den **Rescue Shield** die Zahlungsunfähigkeit des importierenden Landes abgewendet, sodass es vor allem seinen Schuldendienst an die Finanzmärkte weiterhin leisten kann. Die Staatskasse des Patienten erhält Geld vom noch zahlungsfähigen Staat und (durch Bürgschaften) weiteres Geld von den Finanzmärkten. Ohne den Reschue Shield käme kein Geld mehr von den Finanzmärkten (oder höchstens noch zu Wucherzinsen). Man pumpt damit allerdings Milliarden in ein leck geschlagenes Fass, während die Schließung des Lecks noch aussteht.

3. Außenhandelsgleichgewicht herstellen

Sein „Vorsprung durch Technik“ bringt dem exportierenden Land, wie Bild 1 zeigt, Einnahmen auf Kosten des importierenden Landes. Dessen Staat gerät schneller in die Verschuldung, weil dort das Sozialprodukt kleiner und die Arbeitslosigkeit höher ist. Es werden dadurch weniger Steuern eingenommen, und die Sozialausgaben sind höher. Schwächere Länder mit Importen zu überschwemmen, wird gelegentlich als Wirtschaftsimperialismus bezeichnet, denn es gehen dort Unternehmen Pleite, weil ihnen der Absatz abhanden kommt. So haben Importe schon außereuropäische Länder in Arbeitslosigkeit und Elend gestürzt. Rechtsstaaten konnten sich nicht mehr halten und wurden durch Chaos oder Militärdiktaturen abgelöst. Damit können auch Gefahren für die Industriestaaten heraufziehen, wie etwa die Piraterie am Horn von Afrika. Auch das rapide Bevölkerungswachstum scheint mit der Armut der Völker zusammenzuhängen.

Es wird stets gefordert, dass überschuldete Staaten sparen sollen. Doch die geforderten Sparmaßnahmen mit dem Abbau der Staatsausgaben verringern die Nachfrage, wirken also in Richtung „Austrocknung“ der Wirtschaft. Der geforderte Verkauf des „Tafelsilbers“ (die Privatisierungen) eines Staates bringt einen Zeitgewinn, aber keine Lösung des Problems. Es wird auch gefordert, die EU-Länder mit Importüberschuss sollten konkurrenzfähiger werden. In der Tat ist **Außenhandelsgleichgewicht** - von Obama schon einmal ins Gespräch gebracht - notwendig.

Es ist aber unmöglich, etwa den griechischen Produktionsapparat in absehbarer Zeit so exportstark zu machen wie den deutschen. Die Löhne in einem Land zu erhöhen oder / und sie im anderen Land abzusenken, wäre eher denkbar. Aber das liegt nicht in den Händen der Politik, und Lohnkürzungen würden auch die soziale Kluft vertiefen. Es könnten dadurch Familien ihren Schuldendienst nicht mehr leisten und das erworbene Eigenheim samt den investierten Ersparnissen verlieren. So kann zudem eine Immobilienkrise entstehen. Eine solche hat vor kurzem eine Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelöst. Es muss eine realistischere Möglichkeit gesucht werden, Außenhandelsgleichgewicht herzustellen. (Im Sinn eines Ausgleichs der Schulden wäre sogar Exportüberschuss der heutigen Importstaaten notwendig.)

Früher konnten wirtschaftlich schwächere Länder ihre Währung abwerten, was die Importe verteuert und dadurch reduziert hat. Mit der Einführung des Euro wurde dieser Weg verbaut. Eine Möglichkeit, Außenhandelsgleichgewicht innerhalb der Währungsunion herzustellen, wäre die Einführung von Kontingenten für den Export, eine allerdings recht dirigistische Maßnahme. Eine andere Maßnahme ist die Wiedereinführung der **Importzölle**. Sie reduzieren nicht nur den Import, sondern bringen den hoch verschuldeten Staaten auch dringend benötigte Einnahmen. Eine Verkleinerung des Exports wird wohl in Deutschland zunächst auf Ablehnung stoßen, weil man sich hier stark vom Export abhängig gemacht hat. Zölle innerhalb der EU waren auch ursprünglich

nicht vorgesehen. Aber ebenso wenig waren Finanzhilfen und Bürgschaften für von der Pleite bedrohte Staaten vorgesehen. Sie widersprechen wesentlich mehr dem Ziel einer freien Wirtschaft, die vom Staat nur den gesetzlichen Rahmen erhält, als Importzölle. Es nützt unserem Land wenig, wenn zunächst durch Exportüberschuss Geld ins Land kommt, nachher aber die Schulden übernommen werden müssen, die das Importland gemacht hat, um die Importe zu bezahlen. Die für Rettungsschirme ausgegebenen Milliarden könnten dann im eigenen Land ausgeben werden. Für Bildung, Sanierung maroder Straßen und Schulen, Abbau der Kinderarmut und vieles Andere stünden mehr Mittel zur Verfügung. Auch diese Ausgaben bringen unserem Produktionsapparat die so dringend benötigte Nachfrage. Rettungsmaßnahmen für ein anderes Land sind dagegen so unpopulär wie die Sparpakete im andern Land. Wenn sie sich darauf beschränkt, verspielt die Politik noch das letzte Vertrauen der Bürger.

Umfangreiche Importe aus China tragen wesentlich zur hohen Verschuldung der USA an chinesische Anleger bei. Die Herabstufung der Kreditwürdigkeit der **USA** könnte allerdings eher mit der selbst gewählten Schuldenobergrenze zusammen hängen, die die Wirtschaftsförderung des Staates einschränkt.

Bricht für ein exportierendes Land der Export weg, wird es auch hier schnell kritisch, weil ein großer Teil seiner Unternehmen vom Export „lebt“. Das Exportland wird also froh sein, wenn die Banken dem importierenden und hoch verschuldeten Land weitere Kredite gewähren. Zudem liegt es nahe, dem importierenden Land durch Rettungsschirme zu helfen, was aber bedeutet, die Exportüberschüsse nachträglich selbst zu bezahlen. Letztlich muss festgestellt werden, dass ein Land durch die Einnahmen aus dem Exportüberschuss seine Wirtschaft im Gleichgewicht hält, was aber auf Dauer nicht funktionieren kann. Es ist also zu überlegen, wie eine Wirtschaft auch ohne solche Aufputzmittel wie Exportüberschuss und Wachstum im Gleichgewicht gehalten werden kann.

4. Wirtschaftswachstum ohne Geld

Warum wird heute Wirtschaftswachstum als unbedingt notwendig angesehen? Da die Produktivität wächst, können heute fünf Leute dasselbe produzieren wie früher 10 oder 20 Personen. Alle wollen einen Arbeitsplatz, und die meisten wollen ihren Lebensstandard verbessern. Das erfordert vordergründig Wachstum. Man könnte stattdessen aber auch weniger exportieren, die Einkommen gleichmäßiger verteilen und notfalls noch die Arbeitszeit verkürzen. (Auch das ist Verbesserung des Lebensstandards.) Es gibt aber einen Umstand, der Stagnation für die heutige Form der Wirtschaft zum Gift macht. Man stellt häufig fest, dass eine „junge“ Volkswirtschaft wächst und gedeiht („Wirtschaftswunder“ im Nachkriegs-Deutschland), während sie später der Politik schlaflose Nächte bereitet. In der EU wackeln heute alle Wände.

Zur Klärung der Zusammenhänge soll in Bild 2 eine Gruppe von Menschen zunächst ohne Produktionsapparat und ohne Produktion sein (und sich von Beeren im Wald ernähren). Das entspricht dem Punkt ganz links, also zum Zeitpunkt Null. In der ersten Periode (im ersten Zeitraum) bilden sie nun die „**Ersparnis**“ $S=5$. Es soll noch kein Geld geben. Die Ersparnis bedeutet hier (ganz im volkswirtschaftlichen Sinn), Güter zu produzieren, ohne sie wieder zu verbrauchen. Aus dieser Ersparnis entsteht ein bescheidener Produktionsapparat. Er ist gerade so groß, dass er eine Produktion von $P=5$ (Einheiten pro Zeiteinheit) hervorbringt, und zwar am Ende der ersten Periode. $P=5$

könnte 5 000 Kleidungsstücke pro Woche bedeuten oder Güter im Wert von jährlich 5 Milliarden Brotlaiben (oder Euro, wenn schon Geld da wäre).

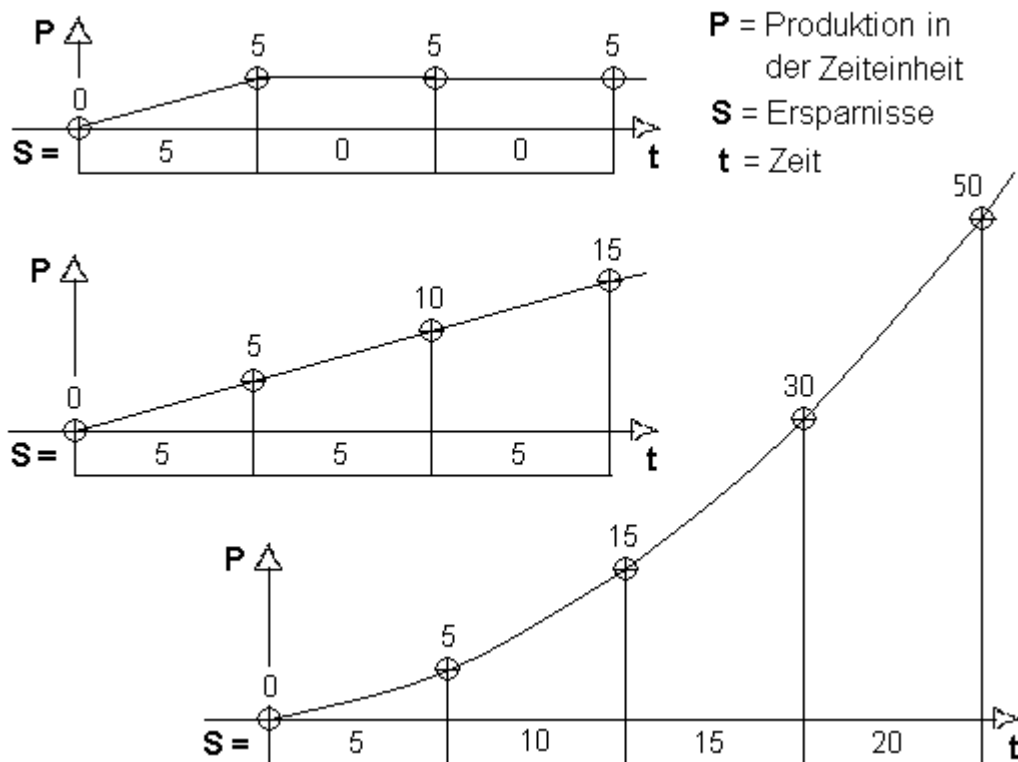


Bild 2 Wachstum des Produktionsapparats und der Produktion, weil mehr Güter produziert als verbraucht werden

Im oberen Diagramm wird ab der Periode 2 der Produktionsapparat nicht mehr vergrößert, und die Produktion bleibt auf dem konstanten Wert 5. Sie dient nun voll dem Konsum. Die Verbraucher leisten in dem Produktionsapparat Arbeit, müssen aber weniger Arbeit leisten als in Periode 1, als der Produktionsapparat aufgebaut wurde. Sie mögen das durch mehr Freizeit ausgleichen. In dieser Volkswirtschaft ohne Geld ist also Stagnation möglich, ohne dass es Probleme gibt.

Im mittleren Diagramm wird der Produktionsapparat in jeder Periode so stark vergrößert wie in der ersten Periode, und die Produktion steigt dadurch in jeder Periode um den Wert 5 an. Die Beschäftigung steigt und führt bald zur Vollbeschäftigung. Wo ein Mangel an Arbeitskräften droht, wird die Produktivität gesteigert. Auch hier läuft alles harmonisch ab. Eine Wirtschaft, die den Menschen dient, die Politiker ruhig schlafen lässt und auch die Umwelt schont, müsste wohl zwischen dem oberen und dem mittleren Diagramm liegen.

Im unteren Diagramm wird berücksichtigt, dass der Produktionsapparat umso mehr leisten und sich daher umso mehr vergrößern kann, je größer er schon ist. Ähnlich können auch z. B. umso mehr Bakterien entstehen, je mehr Bakterien schon vorhanden sind. Es werden also im unteren Diagramm die Ersparnisse 5, 10, 15 und 20 angenommen. Die Produktion wächst daher in jeder Periode um den Wert der Ersparnisse, also im zweiten Zeitraum auf $5 + 10$, im dritten Zeitraum auf $15 + 15$ usw.

Die Zahlenwerte und die Rechenmethode sind etwas willkürlich gewählt, um mit einfachen Zahlen zu zeigen, wie die Produktion und der Produktionsapparat immer schneller

wachsen, gleichsam „explodieren“ können. Exakt müsste man anhand der Vorgaben eine Differentialgleichung aufstellen. Ihre Lösung wäre eine Exponentialfunktion, die sogar noch stärker „explodiert“. Sie würde nach einiger Zeit die Zimmerdecke, kurz danach die Wolkendecke durchstoßen und dann immer noch steiler werden. Dem würde aber entgegenstehen, dass die Ressourcen zur Neige gingen, und dass die riesige Produktion weder im Inland noch im Ausland abzusetzen wäre.

5. Wirtschaftswachstum mit Geld

Kommt nun das Geld (mit seinen bekannten Vorteilen) dazu, ist es Spiegel (Maßstab) und zugleich Antrieb für das Wirtschaftsgeschehen. Denn mit Geld geht (fast) alles, ohne Geld (fast) nichts. Aus den Geldströmen ergibt sich jetzt eine Wachstums-Möglichkeit, aber auch eine Art Wachstums-Notwendigkeit. Bild 3, das auf Bild 1 aufbaut, zeigt die Zusammenhänge in vereinfachter Form.

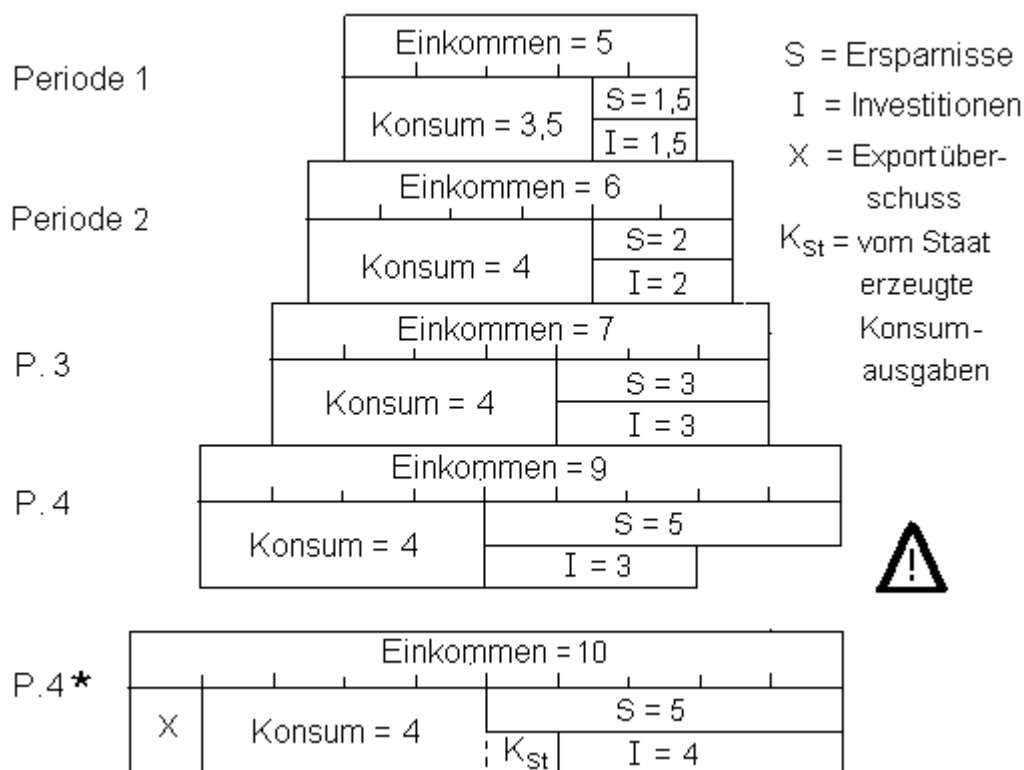


Bild 3 Wachstum des Produktionsapparats und der Produktion, weil Ersparnisse investiert werden

Die Verbraucher erhalten vom Produktionsapparat am Beginn von **Periode 1** ein Einkommen in Höhe von 5 Einheiten. Das Einkommen wird zum Teil für den Konsum ausgegeben und zum Teil gespart. Die Ersparnisse S werden voll für die Investitionen I verwendet. Konsumausgaben und Investitionen sind dann am Ende von Periode 1 zum Produktionsapparat zurück geflossen, womit der Geldkreislauf geschlossen ist.

In **Periode 2** gibt der Produktionsapparat alles erhaltene Geld wieder an die Verbraucher ab, in Form von (Arbeits- und Vermögens-) Einkommen. Das Einkommen wächst von 5 auf 6 Einheiten, da der Produktionsapparat durch die Investitionen gewachsen ist, also mehr Güter herstellen kann. Das zusätzliche Geld (6 statt 5 Einheiten) stellen die

Banken durch Kreditvergabe (= Geldvermehrung) zur Verfügung. Es ist ja üblich, dass (besonders neue) Unternehmen auch Bankkredite in Anspruch nehmen.

In **Periode 3** wachsen die Einkommen auf 7 Einheiten an. Wieder gibt es Ersparnisse, die zu Investitionen werden. Allerdings ist der Konsum nicht mehr gewachsen. Viele Verbraucher haben nicht so viel Geld, wie sie ausgeben möchten. Andere möchten nicht so viel Geld für den Konsum ausgeben, wie sie haben, und sparen und investieren lieber, um ihr Geld zu vermehren. Interessante neue Produkte (Innovationen) wirken der Neigung zum Sparen entgegen, können sie aber nur vorübergehend bremsen.

Zu bemerken ist, dass die gesparten Gelder in der Regel auf dem Umweg über (Berater-) Banken (und häufig über die Finanzmärkte) investiert werden. Wie in Kapitel 2 festgelegt, ist der Produktionsapparat das Eigentum der „Reichen“ und wird von einem Teil der Verbraucher (Unternehmern, Managern) gesteuert. Die Investitionen sind Nettoinvestitionen. Die Einkommen eines Jahres sind das BIP (Bruttoinlandsprodukt). Die Sparquote ist in Bild 3 in der ersten Periode $S / BIP = 1,5 / 5 = 30$ Prozent, in den folgenden Perioden noch höher. Die tatsächliche Sparquote liegt in Deutschland im Durchschnitt zwischen plus 25 und minus 15 Prozent, je nach der Höhe des Einkommens der Bürger. (Bei den niedrigsten Einkommen ist die Sparquote negativ, das heißt, diese privaten Haushalte verschulden sich.) Der gesamte Durchschnitt der Sparquote liegt in der Größenordnung von 10 Prozent. Die Sparquoten in Bild 3 sind überhöht, um die Zusammenhänge besser sichtbar zu machen.

In **Periode 4** sind die Einkommen infolge der kräftigen Investition in Periode 3 sogar um 2 auf 9 Einheiten angewachsen. Das entspricht dem beschleunigten Wachstum in Bild 2. Aber aus denselben Gründen wie zuvor blieb der Konsum erneut bei dem Wert 4 stehen. Die Ersparnisse sind nun enorm angewachsen. Doch jetzt tritt das fatale Ereignis ein, dass nicht alle Ersparnisse investiert werden. Logischerweise unterbleiben Erweiterungsinvestitionen, wenn die Konsumnachfrage stagniert. (Auch Investitionen zur Steigerung der Qualität lohnen sich nur, wenn die Verbraucher dafür mehr Geld ausgeben. Investitionen zum Abbau von Arbeitsplätzen schwächen die Nachfrage, entziehen also anderen Investitionen die Grundlage.)

Geld weder für den Konsum noch für Investitionen auszugeben, bedeutet, dass Geld still gelegt bzw. die still gelegte Geldmenge erhöht wird. Es kann auch die Geldmenge verkleinert werden, indem mehr Kredite zurückgezahlt als neu aufgenommen werden. Oder es gibt Netto-Abflüsse ins Ausland, besonders auf die Finanzmärkte. Die Zentralbank kann gegensteuern, indem sie z. B. den Leitzins herunter setzt, was aber die Situation kaum verbessert. Das BIP ist am Ende der Periode 4 von 9 auf 7 Einheiten **geschrumpft**. Ein solcher Prozess hat die Tendenz, sich aus sich selbst heraus weiter zu verstärken. Denn da die Produktionskapazitäten nicht mehr ausgelastet sind, wird kaum mehr investiert. Damit geht aber die Auslastung weiter zurück, Arbeitslosigkeit breitet sich aus. Der „Turm“ hört nicht nur auf zu wachsen, sondern droht sogar einzustürzen, es droht eine **Wirtschaftskrise**. In früheren Zeiten wurde die Wirtschaft durch schwere Krisen immer wieder weit zurück geworfen und begann dann erneut zu wachsen. Heute greift der Staat rettend ein.

Man erkennt hier die **Wachstumsmöglichkeit**, die sich aus dem Konsum oder der Nachfrage ergibt, also daraus, wie stark die Verbraucher die Kassen klingeln lassen. Die **Wachstumsnotwendigkeit** ergibt sich aus der Höhe der Ersparnisse. Denn werden sie nicht voll zu „Wachstum“, droht die Krise.

Die **Periode 4*** in Bild 3 ist eine verbesserte Periode 4. Die Verbesserungen ergeben sich aus dem Exportüberschuss X und aus K_{St} . X ist ein aus dem Ausland kommender zusätzlicher Geldstrom, der die Einnahmen aus Konsumnachfrage um eine Einheit auf 5 erhöht. Mit der Größe K_{St} führt der Staat Ersparnisse zum Produktionsapparat zurück. Er erhöht damit die Einnahmen der Unternehmen um eine weitere Einheit auf 6. (K_{St} besteht laut Bild 1 aus Subventionen und Sozialausgaben. Die Sozialausgaben werden auf dem Umweg über die Verbraucher zu Konsumausgaben, während die Subventionen bei den Unternehmen wohl vorwiegend Investitionen erzeugen. Die Bezeichnung „vom Staat erzeugte Konsumausgaben“ für K_{St} ist daher eine gewisse Vereinfachung.) Nun betragen also die Konsumerlöse 6 Einheiten (statt 4 Einheiten in Periode 4). Von den Ersparnissen sind noch 4 Einheiten übrig, nachdem sich der Staat davon eine Einheit geliehen hat. Die Sparer scheuen sich angesichts der guten Ertragslage von 6 nicht, die verbliebenen Ersparnisse (4 Einheiten) zu investieren.

So bleibt die Wirtschaft im Gleichgewicht, und bei Exportüberschuss boomt sie sogar. Die (meist verdrängten) Pferdefüße dabei sind aber die wachsende Staatsverschuldung und die Verschuldung des Auslands. Da es für Verschuldungen Obergrenzen gibt, sind die beiden Konjunkturstützen Exportüberschuss und Staatsverschuldung irgendwann verbraucht.

Man kann in Bild 3 eine „**Alterung**“ der Volkswirtschaft erkennen: Jugendlicher Schwung, Wachstum aus bescheidenen Anfängen (Wirtschaftswunder) stehen am Anfang. Dann wächst aber der Produktionsapparat und mit ihm die Vermögenseinkommen. Da sie ungleichmäßig verteilt sind, gibt es zu viel investitionsberechtigtes Geld im Verhältnis zum konsumberechtigten Geld. Einige Zeit helfen noch die Staatsverschuldung und der Exportüberschuss. Japan z. B., einst ein „Tigerstaat“, dümpelt heute, und sein hoch verschuldeter Staat kann der Wirtschaft kaum noch Impulse geben. Wenn man Wirtschaftswachstum als Nahrung ansieht, die die Wirtschaft braucht, um gesund zu sein, dann kann eine schon stark gewachsene Wirtschaft kaum gesund sein, weil sie ja kaum mehr wachsen kann. Denn wer soll alle die Güter kaufen, die der wachsende Mega-Produktionsapparat absetzen muss, um gesund zu sein?

Der einzige Ausweg aus dem Dilemma besteht darin, dass der umverteilende Staat die überschüssigen Ersparnisse nicht durch Verschuldung, sondern durch Besteuerung an sich bringt. So und nur so lässt sich ein langsames „harmonisches“ Wachstum erzielen, bei dem immer so viel Nachfrage da ist, wie der Produktionsapparat braucht. Exportüberschuss kann sinnvoll sein, wenn er die Form von Entwicklungshilfe annimmt, die der Staat bezahlt. Damit könnte das christliche Abendland dem Gebot der Brüderlichkeit gerecht werden. - Der umverteilende Staat kann auch die Ersparnisse so weit reduzieren, dass es keine (Netto-) Investitionen und somit kein Wachstum mehr gibt, wenn das erwünscht ist. (Oder es gibt nur noch qualitatives Wachstum.) Oft wird gefragt, warum können wir morgen nicht so leben wie heute, oder sogar unseren Konsum einschränken? Schließlich geht es darum, unseren Kindern einen gesunden Lebensraum zu hinterlassen.

6. Würde und Wohl der Menschen über Geldvermehrungsinteressen stellen

Die Menschheit hat große wissenschaftliche und technische Fortschritte gemacht. In Europa wurden demokratische Staaten errichtet und Gräben überwunden. Doch wir sind durch die Staatsverschuldung in die Zinsknechtschaft der Finanzmärkte geraten. Wir haben diesem Despoten immer mehr Macht gegeben. Selbst die Staaten in Mitteleuropa sind arm geworden und schaffen es daher kaum noch, das Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich zu verhindern, wie es noch in der sozialen Marktwirtschaft geschah. Das bedeutet sozialen Zündstoff. Ein großes Defizit ist es, dass man im allgemeinen fordert, die Ausgaben des Staates zu reduzieren. Wie gezeigt wurde, bekämpft der Staat durch seine Ausgaben die Krisengefahr und die Krisen selbst.

Doch das Übergewicht der Finanzmärkte und der Abbau der sozialen Komponente in der Politik schaukelten sich gegenseitig hoch. Es ist modern, unter Hinweis auf die Staatsverschuldung, die Sozialausgaben als nicht mehr finanzierbar zu bezeichnen. Die Wiedererlangung der Handlungsfähigkeit der Politik erfordert aber, die Staatsschulden, also die Schulden von uns allen, nicht durch weniger Ausgaben, sondern durch mehr Einnahmen des Staates abzubauen. Wir brauchen eine Vermögensübertragung von den Finanzmärkten in die Staatskassen.

Die Finanzmärkte sind eine Art Dienstleistungsbetrieb. Wir haben ihnen, direkt oder auf Umwegen, zigtausende Milliarden überlassen, mit dem Auftrag, sie zu vermehren. Auch ein Teil der Beiträge an die private Rentenversicherung fließt dort hin, ebenso Gelder, die auf verschwiegenen Banken und in Steueroasen versteckt werden. Auf den Finanzmärkten bewerben sich die Akteure um unser Geld. Der Konkurrenzkampf fordert von ihnen, hohe Renditen zu erzielen. Das führt oft dazu, Länder, die hohe Gewinnchancen versprechen, mit Geld (Investitionen) zu überschütten, andere Länder aber auszuhungern. Die Finanzmärkte signalisieren den Staaten: „Schafft gute Investitionsbedingungen, egal wie.“ Die Staaten werden dadurch gedrängt, Steuern und Umweltstandards zu senken und einengende Vorschriften, die der Sicherheit dienen, abzubauen. Manche Staaten verkaufen in ihrer Finanznot große Flächen Ackerland oder Urwald an Investoren oder lassen deren rücksichtslose Nutzung durch internationale Konzerne zu.

Die großen Vermögen stellen ein starkes Werkzeug dar, dieses Vermögen weiter zu vergrößern, z. B. durch Währungsspekulation. Im Extremfall könnten sich die Finanzmärkte so organisieren, dass sie alle weltweit produzierten Nahrungsmittel aufkaufen und nur zu Wucherpreisen wieder herausgeben. Immerhin verteuert beispielsweise nach einer Zeitungsmeldung die Spekulation den Sprit an Tankstellen um 14 Cent pro Liter. Die Vermögenseinkommen liegen heute in der Größenordnung der Arbeitseinkommen. Der Zinsanteil an den Verbraucherpreisen liegt bei 40 Prozent. Das bedeutet eine enorme Vermögensverschiebung von den ärmeren 90 Prozent zu den reichsten 10 Prozent der Bevölkerung.

Um den Finanzmärkten einen großen Teil ihrer Macht zu entreißen, müssen große Vermögen reduziert und hohe Einkommen abgeschöpft werden. Das bedeutet im Grunde, überschüssiges Geld, das auf die Finanzmärkte fließt und schon geflossen ist, in die Staatskasse und von dort wieder in den Geldkreislauf der Realwirtschaft zurückzuführen. Das ist keine Systemänderung, sondern nur die verstärkte Anwendung bereits bestehender Steuern (der Plus-Steuern in Bild 1). Hierzu und zur Eindämmung der Steuerflucht ist internationale Zusammenarbeit notwendig, eine Verschmelzung der

Staaten aber nicht. Eine Beendigung des Steuersenkungswettbewerbs unter den Staaten und Mindeststeuern innerhalb der EU wären ein Schritt in die richtige Richtung.

Des Weiteren sind folgend Maßnahmen erforderlich:

- Hohe Arbeits- und Vermögenseinkommen sind genügend progressiv zu besteuern.
- Wo sich trotzdem Reichtum zu sehr konzentriert, muss die Vermögensteuer eingreifen.
- Bilden sich dann immer noch zu große Vermögen, muss die Erbschaftsteuer eingreifen.

Für Eigentum und Einkommen müssen angemessene Freibeträge gelten. Die Sorge, dass ein mittelständisches Unternehmen Pleite geht, wenn es mit der Erbschaftsteuer belegt wird, ist aber unbegründet. Es entstehen einfach Verbindlichkeiten an den Staat, ähnlich den Bankschulden, die häufig vorhanden sind und dann durch Unternehmensgewinne abgelöst werden. Obwohl Unternehmen Eigentum von Privatpersonen sind, ist es sinnvoll, auch z. B. hohe Gewinne von Banken und anderen Großunternehmen stärker zu besteuern. Längst überfällig sind die Finanztransaktionssteuer und die Schließung des „Spielkasinos“ auf den Finanzmärkten. Bisher hatte der Staat lediglich die Ehre, die Spielschulden der Verlierer zu übernehmen.

Die Nähe des Despoten zu suchen, bringt Vorteile, doch man stärkt damit ja den Despoten. Um dieser Versuchung zu widerstehen, braucht die Politik **Charakter** und Standfestigkeit. Es ist bequem, auf die Beweglichkeit des Kapitals infolge der Globalisierung hinzuweisen. Es wird verglichen mit einem scheuen Reh, das beim kleinsten Anlass flieht. Großverdiener können ihren Wohnsitz in ein anderes Land verlegen. Größere Unternehmen können in Steueroasen und in Billiglohnländer ausweichen, wenn ihnen die Löhne und die Steuern zu hoch sind. Doch die totale Freiheit des Kapitals ist genau so falsch wie der totale Sozialismus. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit müssen gleichberechtigt nebeneinander stehen. Machen wir aber so weiter, lassen die Ratingagenturen die Verschuldungspolitik eines Tages vollends hochgehen. Selbst beim Exportweltmeister Deutschland stieg die Staatsverschuldung auf gegenwärtig etwa zwei Billionen. Zudem fand ein Ausverkauf des Tafelsilbers statt. Des Weiteren haben wir nun die Verpflichtungen aus den Euro-Rettungspaketen.

In ihrem Bestreben, Arbeitsplätze zu erhalten und Investoren anzulocken, hätschelt die Politik den Produktionsapparat durch Steuergeschenke, Förderung von oft sinnlosen Großprojekten wie den Tiefbahnhof Stuttgart 21 und Förderung des Exports. Gewalt-herrscher werden hofiert, wenn sie nur zuverlässige Handelspartner sind. Gerne dürfen die hoch verschuldeten Griechen von Deutschland U-Boote kaufen. Doch die großen Gewinne der Wirtschaft gehen dort hin, wo ohnehin schon viel Geld ist. Eine starke Lobby wirkt darauf hin, diese Politik beizubehalten. Doch Arbeitnehmer (oft mit Minilöhnen), der Staat und die Umwelt ziehen den Kürzeren. Und wir steuern auf die Superkrise zu. Sie ist da, wenn bei einer Krise auch starke Staaten wie Deutschland keinem andern Staat mehr helfen können, keine Banken mehr retten und Kurzarbeitergeld, Abwrackprämien usw. nicht mehr bezahlen können, weil sie bereits zu hoch verschuldet sind. Die Superkrise wird Unruhen bringen, denen der zahlungsunfähige Staat kaum noch gewachsen ist. Es bliebe dann wohl nur noch die Wahl zwischen dem Chaos und einer Diktatur.

Eine reiche Person engagiert einen Vermögensverwalter. Nach einiger Zeit stellt sie fest, dass er zwar das Vermögen verdoppelt, sonst aber alles kaputt gemacht hat. Nicht

umsonst erklärt unser Grundgesetz das Eigentum für sozialpflichtig. Es kann nicht sein, dass damit eine Minderheit die Mehrheit aussaugt. Daher die Mahnung an die „Reichen“, zu denen manche mehr, manche weniger und manche gar nicht gehören: Die Vermehrung von Kapital kann tödlich sein. Es empfiehlt sich, Geldanlagen nach ökologischen und moralischen Gesichtspunkten auszuwählen und eine Politik zu unterstützen, die den Supergau abwendet. Denn einen Turm immer höher zu bauen bedeutet, ihn zum Einsturz zu bringen.

Anhang

1. J. M. Keynes

Die Staatsverschuldung, um so die Nachfrage zu beleben, wurde vom englischen Nobelpreisträger J. M. Keynes als wichtiges Werkzeug der Wirtschaftspolitik erkannt. Der Staat stabilisiert mit dem „deficit spending“ die Wirtschaft, indem er einen Teil der Ersparnisse (also investitionsberechtigtes Geld) in nachfragendes Geld umwandelt. Nach Keynes sollte damit der Wirtschaft aus einer Schwächeperiode oder Krise heraus geholfen werden. Anschließend sollte der Staat wieder reichlich Steuern einnehmen und damit seine Schulden abbauen. Die heutige Wirtschaftspolitik lässt den Staat seine Schulden ständig weiter vergrößern - in kritischen Zeiten schneller und dazwischen langsamer. Man will auch von den Überlegungen von Keynes nichts wissen, bezeichnet die Staatsverschuldung als Sündenfall und gelobt, in Zukunft zu sparen. Die gewaltige Staatsverschuldung beruht aber im Wesentlichen nicht auf zu hohen Ausgaben, sondern darauf, dass die Steuern für Reiche zu niedrig sind. Ein Indiz dafür ist der heutige riesige private Reichtum. Lediglich eine viel kleinere Staatsverschuldung, als wir sie heute haben, ist sinnvoll. Der Staat kann damit Geldreserven seiner Bürger sicher aufbewahren.

2. Die Explosion des Kapitals

Hätte jemand vor 2000 Jahren auf einer Bank nur einen Cent (1/100 Euro) einbezahlt, und dieser Cent hätte sich seither jährlich mit drei Prozent verzinst, hätte sich eine unvorstellbare Summe angehäuft. Wenn sich nämlich ein Guthaben jährlich um den Faktor 1,03 vergrößert, verdoppelt es sich etwa alle 23 ½ Jahre. Alle 235 Jahre wird es etwa vertausendfacht (entsprechend dem explosionsartigen Verlauf einer Exponentialfunktion). Heute wäre somit der Cent auf etwas mehr als 4,7 mal 10 hoch 23 Euro angewachsen. In normaler Schreibweise ist das die Zahl 47 mit 22 Nullen oder 470 Milliarden Billionen.

Dieser Betrag würde, angelegt in Immobilien, ausreichen, um das gesamte Festland der Erde mit 2 Millionen Etagen Bürotürmen oder Wohnsilos oder ähnlich hohen Fabrikhallen zu überbauen. Die drei Prozent Zinsen (jetzt Netto-Mieteinnahmen) lägen bei über hundert Billionen Euro pro Sekunde. Doch da die Nachfrage nach so viel Dienstleistung bei weitem nicht vorhanden ist, wäre der Vorgang schon lange zuvor gestoppt worden.

Heute gibt es bereits Geld- und Sachkapital in großer Menge. Trotzdem gibt es Banken, die sich mit zweistelligen Kapitalrenditen brüsten. Das kann sich nur auf Verluste anderer Wirtschaftsteilnehmer oder auf Luftbuchungen gründen. Anlässlich der letzten Krise hieß es, Hunderte Milliarden Euro seien „verbrannt“ worden. Das böse Erwachen ist unausweichlich, wenn nicht bald Vernunft einkehrt.